

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Rückwirkungen auf die Europapolitik?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1954) : Rückwirkungen auf die Europapolitik?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 5, pp. 252-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131893>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

im gegenseitigen Warenverkehr gebracht und zeitweilig zum deutschen Ausfuhrstopp geführt, es sollte aber Deutschland nicht davon abhalten, seine Vertragspolitik, besonders im Hinblick auf die eventuelle Kürzung der Embargolisten, zu intensivieren und auch auf die Sowjetunion auszudehnen, wenn dies zunächst auch nur über den Ostausschuß (ähnlich dem Abkommen mit Rumänien) geschieht.

Bei dem unzureichenden statistischen Material über die Ostblockstaaten läßt sich leider kein zufriedenstellendes Bild über den überhaupt möglichen Ost-Westhandel gewinnen. Es bleibt abzuwarten, ob die Sowjetunion ihr Versprechen auf der letzten ECE-Tagung über eine großzügigere Publikation halten wird.

Fragwürdiges China-Embargo

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Situation des Chinahandels. In den Jahren 1952—1953 war es gelungen, eine geeignete Grundlage für die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen und eine Ausweitung des Warenaustausches zu schaffen. Die Aufhebung der Zahlungssperre seitens der Bank deutscher Länder im Januar 1953 sowie die Möglichkeit, den Zahlungsverkehr über London abzuwickeln, führten zu einem beachtlichen Anstieg des deutsch-chinesischen Außenhandels im Jahre 1953 und berechtigten zu der Hoffnung, sich dem Vorkriegsniveau allmählich zu nähern. Es konnten immerhin im letzten Jahre für 79 Mill. DM deutsche Erzeugnisse nach China direkt exportiert werden. Um so empfindlicher wurde

Deutschland im August 1953 durch die erweiterte spezielle Embargoliste für China, besonders durch das totale Eisen- und Stahlembargo und die Ausfuhrschränkung für Maschinen, elektrotechnische und optische Artikel, getroffen. Die zusätzlichen Positionen der Embargoliste betrafen gerade typische deutsche Exportgüter. Für manche Exporterzeugnisse, wie beispielsweise optische Geräte, schob sich inzwischen die Schweiz, die kein Mitglied des CHINCOM ist, in den Markt ein. Auch Frankreich und die Niederlande sind weniger stark getroffen und intensivieren den Warenverkehr durch Kontrakte mit der China National Export Corporation in Ostberlin. China selbst beschaffte sich einen Teil der dringlichen Einfuhrwaren über Polen und die Tschechoslowakei. Die Bundesrepublik hatte daran kaum einen Anteil, weil sie durch kontingentierte Handelsabkommen mit diesen Ländern gebunden war, während sich für Großbritannien und Belgien beispielsweise indirekte Liefermöglichkeiten ergaben. Der deutsche Chinahandel wird noch in weiterer Hinsicht im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Ländern zusätzlich behindert, und zwar durch die „List of Prohibited Cargoes“, die für eine Reihe von Erzeugnissen den Transport auf britischen Schiffen verbietet. Diese Liste stimmt jedoch nicht mit der Embargoliste überein, so daß sich in der Praxis die Verbotsliste für deutsche Waren wesentlich erweitert, da deutsche Schiffe keine chinesischen Häfen anlaufen dürfen. Deshalb ist die legale Ausfuhr deutscher Erzeug-

nisse nach China in vielen Fällen nur über den Hafen Gdingen möglich. Der Landtransport über die Sowjetunion ist wegen der hohen Bahnfrachten praktisch ausgeschlossen.

Ist schon der von verschiedenen westlichen Kreisen erhoffte Erfolg der Embargopolitik gegenüber Osteuropa sehr zweifelhaft, so erst recht der Dauererfolg einer verschärften Embargopolitik gegenüber China. (Die zu erwartende Kürzung der Embargoliste soll China nicht mit betreffen.) Abgesehen davon, daß für China indirekte Einfuhrmöglichkeiten über die Sowjetunion bzw. die anderen Ostblockstaaten bestehen bleiben und im Falle einer Kürzung der Embargoliste für Osteuropa noch erhöht werden, hat man China damit zu einer noch stärkeren wirtschaftlichen Anlehnung an die Sowjetunion und zu einer beschleunigten Durchführung der Autarkiebestrebungen gezwungen. Gegenwärtig ist der Ostblock am chinesischen Außenhandel mit etwa 70% beteiligt. Selbst wenn man einen freien Handel später wieder zulassen würde, kann man kaum erwarten, daß die inzwischen eingespielten Wirtschaftsbeziehungen von China ohne weiteres wieder aufgegeben werden. Allerdings dürfte das wirtschaftliche Potential der Ostblockstaaten gegenwärtig und in naher Zukunft nicht ausreichen, um den chinesischen Investitionsbedarf in voller Höhe zu decken, so daß sich hier für die westeuropäischen Staaten erhöhte Absatzmöglichkeiten ergeben, die zur Zeit in beachtlichem Maße von Japan genutzt werden. (Nb)

Berichte von der Genfer Konferenz

Verhandlungen hinter verschlossenen Türen

Schon acht Tage nach Beginn der Konferenz über Korea in der Salles des Conseils des einstigen Völkerbund- und nunmehrigen UNO.-Palastes war die ohnedies flau Redelust hüben und drüben erschöpft. Es wäre wohl zu viel gesagt, diese Rednerflaute — wie es geschehen ist — als ein schnell offenbar gewordenes Fiasko der Genfer Asienkonferenz anzu-

sprechen; gegen diese Auffassung spricht, daß das Schwergewicht der Verhandlungen in Genf von allem Anfang an nicht bei den Plenartagungen im Rätessaal des UNO.-Palastes unter den Augen der gerissensten und auch bedenkenlosesten Späher der Weltpresse gelegen hat, sondern bei den Besprechungen der „Großen“ (mit Einschluß Tschu En-Lais) hinter gut gepolster-

ten und abgeschlossenen Hotelzimmertüren und gelegentlich der einander reihum folgenden Essen der Delegationsleiter mit den nur allernächsten Mitarbeitern in ihren scharf bewachten und für Beobachter absolut unzugänglichen Villenresidenzen.

Ob aber nun Vollversammlungen der 19 Korea-Mächte im UNO.-Palast mit den meist wohltemperierten und nur vereinzelt geistig-

politisch scharfsinnigen Redewechsels oder Dreierbesprechungen (Frankreich, Großbritannien, USA.) oder Viererbesprechungen (die drei Großen mit Molotow) oder aber Beratungen des „Neuner-Ausschusses“ oder der „Sieben von Korea“: das Korea-Problem ist von einer Lösung gleich weit entfernt geblieben wie die Deutschlandfrage nach Schluß der Berliner Konferenz. Der nach wie vor ungelösten Deutschlandfrage im Herzen Europas steht das ungelöste Korea-Problem im Fernen Osten gegenüber, womit auch nach der ersten Genfer Verhandlungsphase Molotow wenigstens vorläufig Matador und Sieger auf dem Konferenzparkett geblieben ist. Wen aber kann dies wundern nach allem, was vor und noch während der Genfer Konferenz im westlichen Mächtelager an Meinungsverschiedenheiten und einigem mehr zur Schau gestellt worden ist?

Die geradezu peinliche Demonstration der Pariser Nationalversammlung, daß sie die Regierung Laniel nur aus Zweckmäßigkeitsgründen noch am Leben ließ und damit Außenminister Bidault in Genf wenigstens den Anschein eines verhandlungsfähigen Mächtepartners gab, bildete mit dem Fall von Dien Bien Phu den unheilvollen Auftakt zu den Indochina-Verhandlungen der Genfer Asienkonferenz. Die noch schmalere Vertrauensbasis, die sich für die Regierung Laniel durch Abstimmung (am 13. Mai) in der Nationalversammlung ergab, hat natürlich die französische Verhandlungsposition keinesfalls gestärkt. Bidaults sorgenvolles Aussehen bei Beginn der Genfer Konferenz hatte sich in den ersten Maitagen ziemlich verloren, trat dann aber erneut und weit ausgeprägter wieder hervor. Frankreichs Außenminister kämpft in Genf verzweifelt um die Verhinderung der Katastrophe nach dem Fall von Dien Bien Phu und sieht mit steigender Verärgerung nach Paris hinüber, das auch von den letzten guten Göttern und Geistern verlassen zu sein scheint. Die Bestürzung über das Pariser Zwischenspiel wirkt geradezu lähmend in Genf. Dazu kommt die kaltblütige Ausnutzung der ganzen Situation auf kommunistischer Seite. Welch'

ein bejammernswertes Frankreich, das sich mit seinem Zögern in Europa um seine kontinentale Stellung bringt und das in Asien — und nicht nur dort — ein sogenanntes Imperium nicht aufgeben will, das moralisch und politisch längst verspielt ist.

Die Grundstimmung beim größten Teil der Delegationen und bei so gut wie allen Journalisten der westlichen Welt ist hinsichtlich einer Weiterbehandlung der Koreafrage absoluter Pessimismus und hinsichtlich der Aussichten auf einen Waffenstillstand für Indochina (das Wort Frieden ist in diesem Zusammenhang überhaupt noch nicht gefallen) Skeptizismus. Ist für Europa die kommunistische These, daß die Zeit für den Kommunismus arbeite, nur Verblendung, so ist für Asien diese Moskauer Politik des Zuwartens eine Gefahr, weil der Kommunismus sich gegenüber diesen Völkern als Nationalismus gibt und die Sehnsucht dieser Völker nach nationaler Unabhängigkeit ohne jedwede koloniale Bevormundung und Ausbeutungen skrupellos ausnutzt hinter der Maske des Biedermanns. Was Frankreich angeht, so möchte es seinen Indochinabesitz für eine koloniale Interessenschicht dort und im Mutterlande hinter dem nationalen Außengeschild Bao Dais festigen, während die Angelsachsen vor allem an die Sicherung der Freiheit der Märkte und des Handels in allen Teilen Asiens denken, aber nicht

weniger auch an die Abwendung der Bedrohung, die für sie in einem über Asien sich ausbreitenden Kommunismus liegt. Wie sehr verschiedenen die Ansichten der drei westlichen Großen über die in Asien zu verfolgende Politik sind, dies zu erkennen bedurfte es nicht erst der Abreise Dulles' von der Genfer Konferenz. In diesem Zusammenhang fiel in Genf das Wort, daß Eden mit seinem Widerstand gegen Dulles' Asienpolitik die Welt vor dem schon nahen dritten Weltkrieg bewahrt habe, wohl eine etwas zu überspitzte Formulierung.

In Genf wurde aber auch von — wie man zu sagen pflegt — wohlinformierter Seite die Behauptung aufgestellt, daß es wegen der Waffenstillstandsbedingungen für Indochina zwischen Molotow und Tschu En-Lai zu ernstesten Auseinandersetzungen gekommen sei. Die „ernsten Auseinandersetzungen“ unter den östlichen Machthabern tauchen bei verschiedenen Gelegenheiten auf und sind zumeist doch nur spekulative Phantasie. Es ist jedoch nicht Phantasie, daß das China Mao Tse-Tungs den ersten Aufenthalt in einem politischen Zentrum Europas dazu nutzte, um sich verstärkt in den Ost-Westhandel einzuschalten. Vorläufig ist dieses Bestreben nur durch eine Kontaktnahme mit dem Exekutivsekretär der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen, Professor Myrdal, zum Ausdruck gekommen. (Zi.)



England als Vermittler zwischen Ost und West

Das wichtigste diplomatische Ereignis der Genfer Konferenz ist sicherlich das Erscheinen Chinas als Großmacht auf der Weltbühne. Ein Ereignis, das sehr bald politische und wirtschaftliche Folgen zeitigen wird, die von historischer Bedeutung sein werden. Die Genfer Konferenz ist sozusagen ein Kind der Berliner Konferenz. Ja, sie wird allgemein als der einzige Erfolg der Berliner Konferenz betrachtet. Nachdem die Lösung der europäischen Fragen auf der Berliner Konferenz gescheitert war, wollten die an der Berliner Konferenz teilnehmenden Außenminister eine Lösung an der anderen Ecke der Welt versuchen. Es dürfte keinen deutlicheren Beweis dafür geben, wie eng die wirtschaftlichen und politischen Probleme auf der ganzen Welt verflochten sind und daß die Lösung überall liegen kann, wenn man guten Willens ist.

Bis jetzt hat man in Genf den Eindruck, daß die Hoffnungen auf eine politische Lösung in Korea sehr gering sind. Die Auffassung der Westmächte und Südkoreas steht dem Standpunkt der kommunistischen Staaten schroff gegenüber. Die Analogie mit Deutschland ist frappierend. Auch hier wurde, wie in der deutschen Frage, die Forderung nach freien Wahlen zur entscheidenden Bedingung erhoben. Es ist daher damit zu rechnen, daß man in Genf zu keiner Einigung in der Koreafrage kommt und sich wie in Deutschland mit dem status quo abfinden wird. Korea wird also ein geteiltes Land bleiben, das in die Einflußsphäre zweier entgegengesetzter politischer Welt-systeme hineinragt.

Viel dramatischer gestalten sich auf der Genfer Konferenz die Verhandlungen in der indochinesischen Frage. Hier handelt es sich in erster Linie um die Einstellung der Feindseligkeiten, um die Festlegung einer Demarkationslinie, um die Lösung der politischen Fragen, die außerordentlich verworren sind, um die Ausarbeitung eines Garantiesystems, und wir wissen aus der geschichtlichen Erfahrung, wie schwierig es ist, einen heißen Krieg vor einer militärischen Entscheidung einzustellen.

Im Gegensatz zu Berlin, wo der Westen in einer geeinigten Front gegenüber dem Osten stand, hat der bisherige Verlauf der Genfer Konferenz deutliche Risse in der Front der westlichen Großmächte aufgezeigt. Die amerikanische Diplomatie stand isoliert in Genf. Daß diese Isolierung die Abreise Dulles' nach Washington verursachte, wurde sogar in amerikanischen Kreisen offen zugegeben. England, das anfangs eine kühle und abwartende Stellung zu den amerikanischen diplomatischen Aktionen einnahm, ist nach der Abreise Dulles' eindeutig als Vermittler zwischen West und Ost aufgetreten und hat realpolitisch konkrete Formulierungen der zur Entscheidung stehenden Probleme gefunden. Es verstärkt sich der Eindruck, daß Eng-

land im Fernen Osten eine selbständige Politik zu führen entschlossen ist. Es dürfte jedoch unwahrscheinlich sein, daß es in dieser Frage einen Bruch mit den USA. herbeiführt. Es wird eher zu einer gewissen Anpassung der beiden angelsächsischen Großmächte kommen.

Bis jetzt wurden Wirtschaftsfragen auf der Konferenz nicht berührt. Bezeichnend jedoch ist die Tatsache, daß in jeder Delegation Experten in Wirtschaftsfragen vorhanden sind. Die Chinesen haben sogar den Minister für Außenhandel in ihrer Reihe. Natürlich kann kein Zweifel darüber herrschen, daß mittelbar der Ausgang der Konferenz auf die Wirtschaftsbeziehungen des Ostens mit dem Westen von weittragenden Auswirkungen sein wird. (Pn)

Rückwirkungen auf die Europapolitik?

In Genf ist etwas peinlich zutage getreten: die wachsende Isolierung Amerikas. Den aufmerksamen Beobachter hätte es nicht allzusehr überraschen dürfen, denn bereits seit Jahren zeichnen sich in zunehmendem Maße politische und wirtschaftliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA. und ihren alliierten Freunden ab. Die verschiedene weltpolitische und weltwirtschaftliche Lage der Territorien läßt solche Meinungsverschiedenheiten auch als durchaus natürlich erscheinen. Leider fehlt es der USA.-Politik an der erforderlichen Dynamik, um die Vielfältigkeit der Meinungen zu einer fruchtbaren Konzeption zusammenschweißen. Die Überzeugung von ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Überlegenheit und der Mangel an Einfühlungsvermögen haben in überraschend kurzer Zeit die souveräne weltpolitische Stellung der USA. erschüttert. Die Warnungen Trumans sind nicht nur Ressentiments des Unterlegenen. Es ist nur bedauerlich, daß dieses Fiasko der amerikanischen Außenpolitik gerade zu einem Zeitpunkt sichtbar wird, der trotz aller Beweglichkeit eine klare Linie verlangt hätte, und einem Gegner gegenüber zutage tritt, der skrupellos alle Schwächen des Verhandlungspartners ausnutzt. Dieses Fiasko der amerikanischen Außenpolitik ist für die westliche Welt ein nicht zu unterschätzender Schlag, und es kann von der dynamischen Verhandlungsbereitschaft Edens nicht kompensiert werden, da ihm die Macht der wirtschaftlichen und politischen Überlegenheit fehlt.

Diese veränderte Weltstellung der USA. dürfte auch ihre Rückwirkungen auf die Europapolitik ausüben. Wenn England und Frankreich sich ein größeres kontinentales Interesse abringen könnten, könnte das wachsende europäische Selbstbewußtsein der Einigung Europas dienlich sein. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß in der gegenwärtigen Situation allein die militärische Macht der USA. die europäische Unantastbarkeit sicherstellt. Die europäische Stellung zum Ostproblem muß aus geopolitischen und strategischen Erwägungen eine andere sein als die Amerikas. Wenn Amerika die europäische Auffassung nicht in seine außenpolitische Konzeption einbezieht, wird es seine alliierten Freunde verstimmen, und es schwächt damit die Stellung der freien Welt überhaupt.

Auch wir müssen diese veränderte Position in unsere außenpolitischen Erwägungen einbeziehen. Wenn auch unsere Außenpolitik noch der letzten Souveränität entbehrt, so müssen wir sie doch beweglich halten, um jeder Möglichkeit begegnen zu können. Wir müssen auch bei unserer beschränkten Souveränität das eigentliche Ziel, die Wiedervereinigung unseres Staatsgebiets, im Auge behalten und alle sich dafür bietenden Mittel ergreifen. Unsere weltanschauliche und politische Haltung gegenüber dem System des Ostblocks ist zu eindeutig und fest, als daß diplomatische und wirtschaftliche Fühlungenahmen diskreditiert werden müßten. Wir müssen aber die entsprechenden Gremien und Kanäle schaffen, die solche Fühlungenahmen ermöglichen. (sk)